

2. Tagung des 8. Parteitages

17.–18. November 2023 in Augsburg

Antragsheft II

DIE LINKE.

Inhaltsverzeichnis

Berichte	Seite 5
Bericht des Bundesausschusses	Seite 7
Bericht der Inklusionsbeauftragten	Seite 8
Anträge	Seite 11
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft	Seite 13
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Partei	Seite 22
Anträge zur Satzung	Seite 34

Impressum/Kontakt

Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28
10178 Berlin
www.die-linke.de

Redaktionsschluss: 10. Oktober 2023

Berichte

Bericht des Bundesausschusses der Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 8. Parteitages

Der Bundesausschuss kam in seiner neuen Zusammensetzung am 12. März 2022 virtuell zusammen. Da aber in einigen Landesverbänden coronabedingt noch keine neuen Delegierten gewählt werden konnten, tagte der BA am 11./12. Juni 2022 erstmal in Präsenz sowie in voller Besetzung und wählte ein neues Präsidium. Der BA verminderte seine Präsenztagungen auf zwei pro Jahr und tagte zweimal digital, was der Finanzsituation der Partei geschuldet ist. Leider waren nicht immer alle Delegierten anwesend.

In der Bundessatzung sind die **Aufgaben** des Bundesausschusses definiert: »Der Bundesausschuss ist das Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand. Der Bundesausschuss fördert und unterstützt das Zusammenwachsen der Landesverbände. Er soll Initiativen ergreifen und unterstützen, die diesem Ziel dienen.« Darüber hinaus beschließt der Bundesausschuss den Finanzplan der Partei, berät und beschließt zu den Kampagnen der Partei, wählt die Delegierten für die Europäische Linke und macht der Bundesvertreter*innenversammlung einen Vorschlag für die Liste zur Wahl des Europäischen Parlaments. Diesen Aufgaben ist der Bundesausschuss nachgekommen. Die dem Bundesausschuss vom Parteitag überwiesenen Anträge wurden zeitnah nach dem Parteitag beraten und entschieden.

Der Bundesausschuss **erhielt regelmäßig Berichte** des Parteivorstands, der Bundestagsfraktion, aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Linken, dem Jugendverband und dem SDS. Durch den personellen Wechsel im Ältestenrat kam der Austausch erst zuletzt wieder in Gang. Alle Berichte wurden intensiv debattiert.

Der Bundesausschuss legte seinen inhaltlichen Schwerpunkt auf die **Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament**. Durch Absprachen mit dem Parteivorstand konnte erreicht werden, dass sich der Bundesausschuss auch an der inhaltlichen Vorbereitung des Wahlprogramms beteiligen konnte. Dazu führte der Internationale Kommission des Parteivorstandes jeweils nach ihren eigenen Debatten Videokonferenzen für den BA mit Expert*innen durch. Leider nutzten nur wenige Mitglieder des Bundesausschusses diese Gelegenheit, obwohl dies jahrelang eingefordert wurde.

Der BA hat den **Austausch der Landesverbände** intensiviert, indem Berichte zu gemeinsamen inhaltlichen Fragestellungen zu einer vertieften Information über Arbeit, Schwerpunktsetzung und Diskussionsstand der verschiedenen Landesverbände und Zusammenschlüsse führte. Themen waren die Vorbereitungen der Kommunalwahlen 2024 und ihre Verknüpfung mit den Europawahlen 2023, die Vorbereitung des Bildungsaktionstags am 23. September 2023 und der Umgang mit dem Rechtsruck in Deutschland. Dies soll fortgesetzt werden.

Die Feministische Erneuerung der Partei war laufend Beratungsgegenstand.

Durch Beschluss des Parteivorstands konnte die Parteistrukturereformkommission um ein Bundesausschussmitglied erweitert werden. Hier wurde die Genossin Barbara Borchardt vom Bundesausschuss gewählt, die mit ihrer langjährigen Erfahrung der Bundesausschussarbeit dort aktiv teilnahm.

Leider ist unsere langjährige Genossin Barbara Borchardt kurz vor der letzten Sitzung verstorben. Sie hat bis zum Schluss im und für den Bundesausschuss gearbeitet. Sie wird uns fehlen!

Für das Präsidium:

Gunhild Böth
BAG Bildungspolitik

Mandy Eißing
LV Thüringen

Martin Günther
LV Brandenburg

Lars Hilbig
fds

Alexander Kauz
LV Baden-Württemberg

Cornelia Swillus-Knöchel
LV NRW

Bericht der Inklusionsbeauftragten der Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 8. Parteitages

Inklusion und Teilhabe – ein leeres Versprechen?

Trotz großer Bemühungen vieler Akteure, die menschenrechtliche Forderung nach Inklusion in Deutschland umzusetzen, sind wir meilenweit davon entfernt, dass alle Menschen gleichberechtigt an den verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens teilhaben können. Dass sie selbst bestimmen können, wo und mit wem sie leben. Dass sie die Chance erhalten, gemeinsam mit allen anderen zu lernen, ihr eigenes Geld zu verdienen und sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen.

Im Gegenteil: Inklusion verkommt zunehmend zu einer Worthülse. Es fehlen nach wie vor inklusive, barrierefreie Strukturen. Notwendige Assistenz- und Unterstützungsleistungen werden oftmals nicht gewährt. Zwei Jahre Corona-Pandemie haben das Maß auf die Spitze getrieben und dafür gesorgt, dass das Thema eine Rolle rückwärts vollzogen hat. Diejenigen, die sich dennoch für die Umsetzung von Inklusion engagieren, werden zunehmend mutlos. Und auch mein Optimismus, etwas verändern zu können, gerät hin und wieder ins Wanken.

Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben und arbeiten – Fehlanzeige

Dafür möchte ich ein paar Beispiele nennen: Ende August wurde Deutschland vom Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Genf hinsichtlich des Standes der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geprüft. Auch wenn die Abschließenden Bemerkungen des Fachausschusses dazu noch nicht vorliegen, kann man jetzt schon feststellen, dass Deutschland seiner menschenrechtlichen Verpflichtung nicht ausreichend gerecht wird. Die Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) kritisierte bereits im Vorfeld, dass Menschen mit Behinderungen immer noch auf das stark ausgebaute System von Sonderstrukturen verwiesen werden – sowohl in der schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten als auch in Form von großen stationären Wohneinrichtungen.

Ohne an dieser Stelle tiefer auf den exkludierenden Charakter der Etikettierung »sonderpädagogischer Förderbedarf« eingehen zu können: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit diesem Stempel hat sich weiter erhöht. Der Großteil von ihnen wird in Sonderschulen unterrichtet und verlässt sie ohne anerkannten Abschluss. Dabei zeigt sich, dass immer mehr Kindern aus sozio-ökonomisch schwierigen Verhältnissen sonderpädagogischer Förderbedarf zugeteilt wird. Kindern, die im herkömmlichen Sinne nicht behindert sind, sondern zu »Behinderten« gemacht werden.

Das verdeutlicht aus meiner Sicht den engen Zusammenhang von Behinderung und Armut. Nirgends bestimmt die Stellung der Familie zum Kapital die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen der Kinder so sehr wie in Deutschland. Das deutsche Bildungssystem reproduziert schon aufgrund seiner Mehrgliedrigkeit die Klassenstruktur in dieser Gesellschaft. Eine demokratische Schule für alle ist nicht gewollt.

Nach der Schule geht es weiter. Viele Förderschüler wechseln in gesonderte Formen der Berufsausbildung. Die meisten von ihnen erreichen dort keinen allgemein anerkannten Berufsabschluss und arbeiten später in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Besonders ausgrenzend ist die Situation für diejenigen, die kein so genanntes »Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung« aufbringen können. Die *zu behindert* sind. Die in weitere Sondereinrichtungen ausgegliedert oder zu Hause von ihren Angehörigen versorgt werden.

In Deutschland sind rund 13 Millionen Menschen von Armut bedroht, was etwa 15,8 Prozent der Bevölkerung entspricht. Davon betroffen sind vor allem behinderte, kranke und alte Menschen,

Menschen aus dem Niedriglohnbereich, Arbeitslose, kinderreiche Familien und Alleinerziehende. Besorgniserregend ist die Armutsquote bei Kindern, die mit 19,7 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegt. Doch wer in dieser Gesellschaft kein Geld hat, ist von vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen. Dabei geht es nicht nur um die materielle Versorgung. Armut hierzulande bedeutet vor allem, nicht dabei sein zu können, nicht dazuzugehören. Mit Einschränkungen bzw. Defiziten im Bereich der kulturellen und sozialen Teilhabe sowie in der gesundheitlichen Versorgung zurechtkommen zu müssen. Diese Menschen benötigen neben finanzieller Unterstützung vor allem nicht-stigmatisierende Angebote, die ihre soziale Teilhabe stärken und sie in der Bewältigung ihres Alltags unterstützen.

Es gibt viele weitere Bereiche, in denen Teilhabe in dieser Gesellschaft nicht funktioniert. Schauen wir uns die Situation geflüchteter Menschen in Deutschland an. Können sie gleichberechtigt mit allen anderen in diesem Land leben? Ob sie sich wohlfühlen und sich ein neues Leben aufbauen können, hängt letztendlich mit der Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft zusammen. Das braucht Wissen und Verständnis für andere Kulturen, Akzeptanz und ein Gefühl der gegenseitigen Verantwortung. Doch wie ist es darum bestellt? Wie kann es gelingen, dass junge und alte Menschen, Beschäftigte und Rentner nicht gegen Menschen ausgespielt und entsolidarisiert werden, die vor Armut, Unterdrückung und Krieg fliehen? Was können wir der Angst vor der weiteren Verschlechterung ihrer Lebenssituation, der Existenzangst entgegensetzen? Doch anstatt Antworten zu finden, die ein menschenwürdiges Leben aller garantieren, wird von der Ampel ein Bundeshaushalt vorgelegt, der, statt in öffentliche Daseinsvorsorge, in die Kommunen zu investieren, immer mehr Geld für die Aufrüstung bereitstellt. Allein Deutschlands Verteidigungsausgaben sollen im kommenden Jahr auf das Rekordhoch von rund 71 Milliarden Euro steigen. Angesichts der Probleme zum Beispiel im Pflege- oder im Bildungssystem ist das wohl die falsche Priorität.

Aufgeben ist keine Option

Angesichts dieser aktuellen Entwicklungen bin ich mehr denn je überzeugt, dass der Kampf für eine inklusive Gesellschaft notwendiger denn je ist, denn er ist ein Kampf um eine demokratische, eine humanistische, ja eine sozialistische Gesellschaft. Nach meinem Verständnis ist Inklusion genau der benötigte Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, zu Rassismus, Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen Ungleichheiten, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden - aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechtes, aufgrund von Armut, ihrer körperlichen Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse.

Mit dem Teilhabekonzept unserer Partei haben wir uns die Aufgabe gestellt, für eine inklusive Gesellschaft zu kämpfen, »in der jeder Mensch Rahmenbedingungen findet, in denen er seine Fähigkeiten, Fertigkeiten und Talente entfalten kann, niemand außerhalb der Gesellschaft steht und jede und jeder sich einbringen kann.« Als Voraussetzung dafür wollen wir zunächst innerhalb der Partei strukturelle Barrieren abbauen. Wir wollen, so heißt es, eine Atmosphäre schaffen, in der sich alle Mitglieder ernst genommen fühlen und politische Partizipation auf Augenhöhe gelingen kann.

Das haben wir bereits 2014 beschlossen. Doch wie werden wir unserer Verantwortung gerecht, wenn es darum geht, als Linke das vorzuleben, was wir in der gesamten Gesellschaft erreichen wollen? Ich habe den Eindruck, dass es (auch) in unserer Partei immer schwieriger wird, alle Genossinnen und Genossen einzubeziehen. Dabei geht es nicht allein um Barrierefreiheit. Eine inklusive Partei wäre für mich eine Partei, in der es Spaß macht, sich zu beteiligen. Eine Partei, die gemeinsam, basisdemokratisch arbeitet. Das heißt auch, denjenigen, die eine andere, vielleicht unbequeme Meinung haben, zuzuhören. Sie verstehen zu wollen, um Lösungsansätze zu streiten und respektvoll miteinander umzugehen.

Das vermisse ich an vielen Stellen unserer Arbeit. Stattdessen geht die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, die oft unter dem Label »Selbstbestimmung« verkauft wird, auch an uns als Partei nicht vorbei. Immer stärker geht es um die Durchsetzung von Einzelinteressen. Aus meiner Sicht sitzen wir hier einer neoliberalen Manipulation auf, die versucht zu verschleiern, dass wir alle zu den

Verlierern gehören, zur Klasse derjenigen, die kein Eigentum an Produktionsmitteln haben. Das ist meiner Meinung nach ein entscheidender Grund dafür, dass viele Genossen und Genossinnen zunehmend mutlos werden. Sie haben die Hoffnung verloren, mitgestalten, etwas verändern zu können. Die Hoffnung darauf, dass ihre Stimme zählt.

Anträge

Hinweis zur vollständigen Übersicht von Antragsteller*innen

Um Papier- und Druckkosten auf ein Minimum zu reduzieren und eine formal einheitliche Angabe der Antragsteller*innen, die sich an § 17 (6) der Bundessatzung orientiert, zu haben, werden bei Anträgen mit weiteren Antragssteller*innen diese nicht im Antragsheft aufgeführt. Um diese Informationen dennoch zugänglich zu machen, sind die vollständigen Anträge mit allen weiteren Antragssteller*innen sowohl in OpenSlides als auch auf unserer Webseite unter: <https://www.die-linke.de/parteitag> einzeln einsehbar.

Antrag G.01.: Die Waffen nieder, den Frieden gewinnen und soziale Gerechtigkeit schaffen!

Antragsteller*in:

BV Hamburg-Nord, LAG FIP Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

1 Was am Ausgang des Ukrainekriegs stehen wird, liegt auf der Hand. Entweder eine
2 neue Ära des Friedens, der Verständigung und der Zusammenarbeit oder ein
3 Hinabsinken der Welt in eine enthemmte Phase von Machtkämpfen, deren mögliches
4 Ausmaß im Zeitalter atomarer Aufrüstung jeder erahnt – und niemand wollen kann.
5 Doch die Regierungen der mächtigsten Staaten sind nicht willens, dem
6 Friedenswillen und den sozialen Interessen der Weltbevölkerung Geltung zu
7 verschaffen, sie behindern dies sogar. Sie versuchen, die Bevölkerungen durch
8 „Teile und herrsche!“ gegeneinander aufzuhetzen, statt den gesellschaftlich
9 geschaffenen Reichtum zum Wohle aller zu nutzen und über Ländergrenzen und
10 Kontinente hinweg zu kooperieren. Zu groß ist die profitgetriebene Gier nach
11 Rohstoffen, Absatzmärkten und Einflusszonen.

12 Die Bevölkerungen selbst müssen sich also erheben und das Heft des Handelns in
13 die Hand nehmen. Wenn sie das Waffengeklirre nicht mehr mitmachen, wird Frieden
14 herrschen. Wenn sie sich gegenseitig nicht mehr aufstacheln lassen, werden die
15 internationalen Beziehungen von Respekt und Völkerverständigung bestimmt sein.
16 Wenn sie die kapitalistische Ausbeutung und koloniale Unterdrückung Ihresgleichen
17 nicht mehr dulden, kann der Reichtum der Welt solidarisch geteilt und vernünftig
18 vermehrt werden – damit kein Mensch mehr Hungers sterben muss und alles zum
19 gemeinsamen Nutzen grundlegend verändert wird. Denn die „drüben“ sind genauso
20 Menschen wie die „hüben“.

21 Die LINKE lehnt den Krieg Russlands gegen die Ukraine ab. Wir fordern beide
22 Seiten zu sofortigen Waffenstillstandsverhandlungen auf. Die Bundesrepublik hat
23 aus der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung und muss alles
24 unternehmen, um diplomatische Verständigung zu ermöglichen, wie es das
25 Friedensgebot der UN-Charta und das Grundgesetz unmissverständlich verlangen. In
26 Verbindung mit Schritten wechselseitiger Deeskalation müssen Waffenlieferungen
27 sofort eingestellt werden – jede Waffe verlängert den Krieg.

28 Wir begrüßen alle internationalen Bemühungen um Frieden ob aus Brasilien, dem
29 Vatikan, China oder Afrika. Frieden in der Ukraine und weltweit kann gewonnen
30 werden, wenn das Völkerrecht mit seinem Gewaltverbot und Friedensgebot neue
31 Beachtung erfährt. Wenn die Souveränität und Gleichberechtigung eines jeden
32 Staates, ohne Ansehen seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Macht oder seines
33 politischen Systems, mit dem Zweck respektiert werden, ein menschenwürdiges Leben
34 überall auf der Welt zu schaffen. Daher müssen insbesondere die ökonomisch
35 starken Länder von jeder Form von Einschüchterung, Bedrohung oder Erpressung, sei
36 es militärisch, ökonomisch oder medial, gegenüber anderen Staaten Abstand nehmen.
37 Statt Feindbilder, Vorurteile und Ressentiments zu schüren, braucht es
38 Rationalität, Verstehen und Verständigung in der Weltgemeinschaft. Dafür kämpfen
39 wir!

40 Die ukrainische Zivilbevölkerung, im Westen wie im Osten, muss geschützt und
41 Geflüchteten, egal aus welchem Land, eine menschenwürdige Zuflucht verschafft
42 werden. Gleiches gilt für Kriegsgefangene, Deserteure und
43 Kriegsdienstverweigerer.

44 Der Wiederaufbau des Landes muss gewährleistet werden, und zwar nach Kriterien
45 des Allgemeinwohls, koordiniert von den UN und unter Beteiligung der OSZE. Damit
46 keine neuen Abhängigkeiten durch große Konzerne wie BlackRock entstehen und
47 öffentliche Unternehmen, Infrastruktur, Grund und Boden nicht weiter privatisiert
48 werden und der bereits erfolgte Ausverkauf rückgängig gemacht wird. Daher fordern
49 wir auch einen Schuldenschnitt für die Ukraine. Der Export von Getreide, Öl und
50 anderen Gütern, der für die Länder des globalen Südens lebenswichtig ist, muss
51 sichergestellt werden.

52 Dies sind notwendige erste Schritte, um Frieden und soziale Gerechtigkeit
53 dauerhaft zu schaffen, für die Bevölkerung in der Ukraine und weltweit. Ein
54 Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen ist unumgänglich: von der
55 Machtpolitik hin zur Kooperation. Um dies durchzusetzen ist eine gestärkte
56 internationale Friedensbewegung erforderlich. Sie muss – gerade mit den
57 historischen Erfahrungen von 1914 und 1939 – sich einigen, um wirkungsvoller zu
58 werden – klar in den Aussagen, überzeugend in den Argumenten und konsequent im
59 Wirken; ihre Pluralität ist eine Stärke in der Einigkeit für das Ziel einer
60 menschenwürdigen Welt. Die LINKE ist Teil der Friedensbewegung und wird sich noch
61 stärker um eine solche Einigung bemühen.

62 Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den Versuchen von Rechtsextremen, die
63 Friedensbewegung zu okkupieren und zu zerstören. Rechte Friedensrhetorik ist
64 nichts als Demagogie. Sie zielt darauf ab, die Bewegung zu spalten, Verwirrung zu
65 stiften und dem Anliegen der Friedensbewegung zu schaden. Genauso, wie es die
66 Nazis machten, als sie sich bis zum Einmarsch in Polen im September 1939 –
67 brüllend und prügelnd – als friedliebende Kraft stilisierten.

68 In Wahrheit bedeutet Rechtsextremismus nichts anderes als schärfste Diktatur und
69 Ausbeutung, brachialster Militarismus, Nationalchauvinismus und härteste
70 Ungleichheitsideologie. Faschismus bedeutet Krieg. DIE LINKE wird alles dafür
71 tun, dass diese Kräfte keinen Fuß fassen. Für uns ist unhintergebar: Pazifismus
72 und Antimilitarismus sowie Antifaschismus und sozialer Fortschritt gehören
73 untrennbar zusammen. Wir kämpfen daher für Abrüstung weltweit und gegen den
74 Kriegshaushalt der Ampel-Koalition, der – durch die „Schuldenbremse“ verschärft –
75 massiven Sozial- und Demokratieabbau während anhaltend hoher Preissteigerungen
76 bedeuten wird.

77 **Unsere Forderungen lauten:**

- 78 • Keine Lieferung von Waffen, dafür Unterstützung von Diplomatie.
- 79 • Abrüsten statt Aufrüsten, Umwidmung des 100-Milliarden-Euro-Pakets für
80 soziale Belange.
- 81 • Menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, Kriegsdienstverweigerern und
82 Deserteuren.
- 83 • Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.
- 84 • Beendigung aller Rüstungsexporte und Einstieg in die Rüstungskonversion,
85 gesetzlich verankerte Zivilklauseln für alle Hochschulen und
86 Forschungseinrichtungen.
- 87 • Keine öffentlichen Gelöbnisse und keine Bundeswehrwerbung, insbesondere an
88 Schulen und in der Öffentlichkeit nicht, Verbot von Lobbyarbeit für
89 Rüstungsunternehmen.
- 90 • Keine Einziehung von Jugendlichen unter 18 Jahren in die Bundeswehr.
- 91 • Kein Wiederaufleben der Wehrpflicht.
- 92 • Keine weiteren Militär-Manöver wie Air Defender.

- 93 • Auflösung aller Militärbündnisse, daher Austritt der Bundesrepublik aus der
94 NATO.
- 95 • Schaffung eines Europas als Zone des Friedens und ein kollektives
96 europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands.
- 97 • Eine neue Entspannungspolitik mit dem Wiederaufleben von
98 Städtepartnerschaften, Wissenschafts- und Kulturaustausch auch mit Russland.

Antrag G.02.: Offensiv gegen AfD & Co.!

Antragsteller*in: BV Hamburg-Nord, BV Hamburg-Mitte, LAG Antifa /
Gegen Rechts Hamburg

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus und Nationalchauvinismus. Ihr
2 „Europa der Vaterländer“ bedeutet Europa unter der Dominanz deutschen Kapitals,
3 im Zweifel mit Gewalt. Daher beschönigt sie beide Weltkriege und die Nazi-
4 Diktatur (Gaulands „Fliegenschiss“) und bekämpft das tätige Erinnern an den 8.
5 Mai als Tag der Befreiung. Unter dem Motto „Deutschland zuerst“ will die AfD die
6 Ausgaben für Rüstung massiv erhöhen. Mit ihrer Friedensdemagogie zielt sie darauf
7 ab, ihre eigentlichen Zwecke zu vertuschen, die Friedensbewegung zu spalten und
8 Verwirrung zu stiften. Genauso, wie es die Nazis machten, als sie sich bis zum
9 Einmarsch in Polen im September 1939 als friedliebende Kraft stilisierten.

10 Wenn die AfD von sozialer Gerechtigkeit spricht, meint sie Sozialabbau und
11 Abschaffung demokratischer Errungenschaften. Das Völkische soll der ideologische
12 Kitt für eine Diktatur des Marktes sein: Wer nicht brav und leistungsfähig ist,
13 wird aussortiert, bis zur Vernichtung. Dem Sozialstaat sollen „Grenzen gesetzt“
14 werden, die Erhöhung des Mindestlohns wird abgelehnt, Hartz IV soll beibehalten
15 werden und Gewerkschaften sowie betriebliche Mitbestimmung werden verteufelt. Sie
16 will ein späteres Renteneintrittsalter und strebt eine Aktienrente an, lehnt die
17 Vermögens- und die Erbschaftssteuer ab, und der Spitzensteuersatz soll gesenkt
18 werden. Ihr neoliberales Programm würde den „kleinen Leuten“, denen sie sich
19 andient, in Wahrheit am meisten schaden.

20 Um von den kapitalen Profiteuren der Krise abzulenken, versucht die AfD, den
21 Unmut auf Sündenböcke zu lenken. Sie ist eine extrem spießige Anti-68er-Partei,
22 die als oberste Werte vertritt: Familie, Fleiß, Strebsamkeit, Erfolg, Anstand,
23 Ordnungsliebe und all die anderen Sekundärtugenden (die auch zur Führung eines
24 KZs taugen). Aus diesem Grund trommelt sie für die Privatisierung des Subjekts,
25 propagiert Antikommunismus und Rassismus, ein reaktionäres Frauenbild und die
26 Privatisierung der Reproduktion samt Abtreibungsverbot und Homophobie: Kinder,
27 Küche, Kriechen.

28 Die AfD ist weder Alternative noch Opposition, sondern Lüge, Demagogie und der
29 rohe Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse, die sie bis aufs Messer
30 verteidigt und deren Brandbeschleuniger sie gleichzeitig ist. Sie spielt
31 Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für Frieden und soziale
32 Verbesserungen zu verhindern. Wenn die AfD von Frieden spricht, meint sie Krieg:
33 nach innen durch autoritären Staatsumbau mit Entdemokratisierung, Sozialabbau und
34 Aufrüstung und nach außen militärisch.

35 Wir werden nicht nachlassen, bis ihr und allen anderen Kräften der extremen
36 Rechten die Grundlagen der politischen Existenz entzogen sind!

37 **Was tun? An die Wurzel gehen!**

38 Unsere Strategie gegen Rechts vereint antifaschistische Aufklärung sowie Kampf
39 für sozialen Fortschritt, Frieden und internationale Solidarität. Die Erkenntnis,
40 dass Antifaschist:innen unterschiedlicher Weltanschauungen im solidarischen
41 Zusammenschluss für die Wohlfühlentwicklung der Menschheit die tiefste Barbarei
42 überwinden konnten, bildet die Grundlage der Vereinten Nationen und der
43 Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: „Alle Menschen sind frei und
44 gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt
45 und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ (Art. 1)

46 Im Grundgesetz wird dieser Anspruch durch die „unverletzlichen und
47 unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft,
48 des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art. 1) konkretisiert. So sind
49 die Beseitigung von Faschismus und Militarismus sowie der Aufbau eines
50 „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ (Art. 20) identische Inhalte und
51 Auftrag des Grundgesetzes. Als Konsequenz aus zwei Weltkriegen, die von deutschem
52 Boden ausgingen, ist dort das Gebot zu Gewaltverzicht, Frieden,
53 Völkerverständigung und umfassendes Asylrecht – ursprünglich auch die Abschaffung
54 des Militärs – gefasst. Ein bis heute und für heute gültiges
55 Entwicklungsprogramm, das über die Grenzen der Ausbeutungsgesellschaft
56 hinausweist! Aus den Erfahrungen der Geschichte des deutschen Monopolkapitals und
57 seiner politischen Machenschaften mit dem Faschismus ist das Sozialstaatsgebot in
58 Kombination mit der Kontroll- und Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 14 und 15)
59 sowie dem Recht auf Gewerkschaften (Art. 9) gefasst worden und heute zum Inhalt
60 der sozialen Kämpfe zu machen. Das heißt: Sozialstaat mit massiven Investitionen
61 ausbauen inklusive Demonopolisierung und Demokratisierung der Wirtschaft, Hartz
62 IV-Regime als Entmündigung per Gesetz abschaffen, sowie konsequent abrüsten und
63 die Bundeswehr abbauen.

64 Die Verwirklichung dieser uneingelösten Hoffnungen ist uns Antrieb und Auftrag
65 zugleich. Gemeinsam kämpfen wir mit Gewerkschaften, Verbänden und
66 zivilgesellschaftlichen Bündnissen – in der Überzeugung, dass zivile Entwicklung,
67 sinnvolle Arbeit, soziales Wohlergehen und internationale Solidarität für die 99
68 Prozent gut sind und nur gemeinsam hervorgebracht werden.

69 Daraus ergeben sich folgende Vorhaben:

- 70 • Wir treten der AfD und allen anderen extrem rechten Organisationen
71 konsequent entgegen und setzen uns für ihr Verbot ein, da ihre Ziele gegen
72 Humanität und Grundgesetz gerichtet sind.
- 73 • Wir arbeiten verstärkt daran, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem
74 gesetzlichen Feiertag zu machen, in den Ländern, bundesweit und in der EU,
75 um die antifaschistischen Schlussfolgerungen einer Welt ohne Faschismus und
76 Militarismus zu verwirklichen. Hin auf den 80. Jahrestag der Befreiung im
77 Jahr 2025 organisieren Partei und Fraktion einen bundesweiten Kongress.
- 78 • Wir erinnern aktiv an die Reichspogromnacht, die Bücherverbrennung und an
79 die Befreiung von Auschwitz und andere Gedenktage.
- 80 • Wir setzen uns für die Umbenennung von Straßen, die immer noch nach
81 Militaristen und Kolonialisten benannt sind, nach Friedenskämpfer:innen und
82 Antifaschist:innen ein, um mit der Würdigung von Militarismus und Krieg
83 Schluss zu machen.
- 84 • Wir streiten für die Auflösung des „Verfassungsschutzes“ und die lückenlose
85 Aufarbeitung der NSU-Morde u.a. mit parlamentarischen
86 Untersuchungsausschüssen.
- 87 • Wir fördern antifaschistische Kultur und die politische Bildung innerhalb
88 und außerhalb der Partei und setzen uns insbesondere mit dem

Antrag G.03.: „Initiativen gegen Krieg und Aufrüstung stärken“

Antragsteller*in: BV Berlin-Neukölln

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die LINKE baut eine Bewegung gegen Krieg und Aufrüstung auf. Dabei richtet sie
- 2 sich sowohl gegen den russischen Angriff auf die Ukraine und Russlands
- 3 fortgesetzte Eskalation des Kriegs als auch gegen die anhaltende Eskalation
- 4 seitens der NATO-Staaten, die wie die EU einen Anteil an der Zuspitzung des
- 5 Konfliktes um die Ukraine hat. Sie beteiligt sich in diesem Sinne an
- 6 Mobilisierungen gegen den Krieg und Aufrüstung und bemüht sich darum, mit anderen
- 7 Organisationen einen Protest anlässlich des Jahrestages des Angriffs auf die
- 8 Ukraine, dem 24. Februar 2024, zu organisieren.
- 9 Die LINKE fordert von der Bundesregierung einen Stopp der Waffenlieferungen und
- 10 die Aufnahme und Bleiberecht für alle Geflüchteten sowie Asyl für alle
- 11 Deserteur*innen. Wir lehnen die Aufrüstung und Militarisierung Deutschlands ab
- 12 und fordern von der Bundesregierung, die vielen Milliarden Euro für Soziales,
- 13 Gesundheit, Bildung und Klimaschutz auszugeben.

Begründung

Wir halten es für notwendig, nicht nur den russischen Angriff auf die Ukraine, sondern auch das Verhalten des Westens zu verurteilen und einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Sowohl Russland als auch dem Westen geht es darum, ihren weltpolitischen Einfluss zu erhalten und auszudehnen. Die NATO- und EU-Staaten, einschließlich der Bundesregierung, wollen ihre wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen durchsetzen. Sie planen bereits, wie die hochverschuldete Ukraine zu einem zuverlässigen Partner für das westliche Kapital werden kann. Ausgerechnet die größte US-amerikanische Investmentfirma Blackrock soll den Wiederaufbau der Ukraine koordinieren.

Der Krieg in der Ukraine und um die Ukraine hat zu einer neuen Welle der Aufrüstung geführt und die Militarisierung beschleunigt. Die Bundesregierung will den Militärhaushalt um weitere sieben Milliarden wachsen lassen und damit das Zwei-Prozent-Ziel der NATO erreichen. Konzerne wie Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegman fahren Rekordprofite ein. Wir fordern stattdessen die vielen Milliarden Euro für Soziales, Gesundheit, Bildung und Klimaschutz auszugeben. Der Druck, mehr junge Menschen für die Bundeswehr zu rekrutieren, nimmt zu. Auch diese Aspekte sollten stärker betont werden.

In Berlin hat sich unter Beteiligung der LINKEN.Neukölln eine Antikriegskoordination gebildet, die anlässlich des Antikriegstags am 2. September 2023 eine Demonstration organisiert hat. Der Aufruf zur Demonstration hat breite Beachtung gefunden und der Parteivorstand hatte zur Teilnahme aufgerufen. Es wird vorgeschlagen, auf Grundlage dieses Aufrufs mit Bündnispartnern am 24. Februar 2024 eine Demonstration zu organisieren.

Antrag G.04.: Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

Antragsteller*in: KV Oder-Spree, KV Osnabrück-Land, KV Uelzen, Sozialistische Linke, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteitag schließt sich dem Aufruf
- 2 **Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht**
- 3 **gestalten**
- 4 an, am 25.11. – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – am
- 5 Brandenburger Tor in Berlin gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand
- 6 zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren und
- 7 ruft die Mitglieder der LINKEN zur Teilnahme auf.

Begründung

Die Begründung ergibt sich aus dem Text des Aufrufs.

„Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie vorbereiten, nicht die Hände gebunden werden.“ (Bertolt Brecht)

Aufruf:

Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen – Zukunft friedlich und gerecht gestalten

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Dazu tragen in erheblichem Maße auch die Sanktionen gegen Russland bei, die die Menschen im globalen Süden, in Europa und in Deutschland treffen: Inflation, gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie Reallohnverlust treffen die Bevölkerungen, vor allem deren ärmere Teile, und gefährden die industrielle Entwicklung auch in unserem Land. Im globalen Süden drohen Hungerkrisen, weil Getreide, Mais, Pflanzenöl und Düngemittel nicht mehr ankommen, und die Preise massiv gestiegen sind.

Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und weltweit. Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet.

Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3. Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen. „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den

Frieden nichts.“ (Willy Brandt) Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24.2.2022 in die Ukraine. Ebenso verurteilen wir auch die vorangegangenen Vertragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten.

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Ein Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges statt einer weiteren Eskalation sind in ihrem Interesse. Das Töten und Blutvergießen und die Zerstörung des Landes und der Umwelt müssen umgehend gestoppt werden. Verhandlungslösungen und Pläne liegen auf dem Tisch. Verhandeln heißt nicht kapitulieren, sondern Lösungen für komplizierte Herausforderungen finden!

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Sie muss eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens.

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

- Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.
- Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.
- Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.

Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung.

Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. Deshalb rufen wir auf, am 25.11 – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren.

Initiiert von der „Ukraine Initiative – die Waffen nieder“: Yusuf As, Reiner Braun, Wiebke Diehl, Andreas Grünwald, Claudia Haydt, Rita Heinrich, Jutta Kausch-Henken, Ralf Krämer, Willi van Ooyen, Christof Ostheimer, Hanna Rothe, Peter Wahl

Antrag G.05.: Selbstbestimmungsgesetz ablehnen – anschlussfähige und tragbare Frauenpolitik umsetzen

Antragsteller*in:	Markus Wollina (BV Marzahn-Hellersdorf), Jana van Helden (Nordrhein-Westfalen), Susanne Herhaus (Nordrhein-Westfalen · Nr. 080), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 DIE LINKE bekräftigt ihr entschlossenes feministisches Profil und bekennt sich zu
- 2 einer anschlussfähigen und verantwortungsvollen Frauenpolitik. In diesem Sinne
- 3 lehnt sie das von der Bundesregierung geplante Selbstbestimmungsgesetz ab und
- 4 setzt sich für den Erhalt des Transsexuellengesetzes für überprüfte Ausnahmefälle
- 5 von einer regelhaften juristischen Geschlechtsdefinition auf Basis des

- 6 biologischen Geschlechts ein.
- 7 DIE LINKE beauftragt ihre Bundestagsfraktion, diese Position in den
- 8 parlamentarischen Debatten zu verdeutlichen und verständlich zu machen.

Begründung

DIE LINKE hat sich einem feministischen Programm verschrieben. Seit einigen Jahren jedoch sind weibliche Rechte vermehrt durch die erstarkende internationale Rechte unter Beschuss. In dieser Situation ist ein verständliches und verantwortbares Programm von großer Wichtigkeit. Der Diskurs wird jedoch seit einiger Zeit von Vorstößen dominiert, den politischen und rechtlichen Begriff „Frau“ aufzuweichen: Die Vermengung von biologischer Geschlechtlichkeit und Geschlechtsidentität führt dazu, dass transidentifizierte Männer hineindefiniert werden.

Ist im Sinne transinklusive Politik eine Öffnung für die Anliegen dieser Gruppe wünschenswert, dürfen diese nicht gegen die Anliegen von Frauen ausgespielt werden. Eine völlige soziale und juristische Neudefinition des Geschlechts nur basierend auf einer unüberprüfbar Aussage öffnet Tür und Tor für den Missbrauch durch Männer.

Sie wird darüber hinaus der Wirklichkeit nicht gerecht, in der das Geschlecht, verstanden als biologisch determinierte körperliche Anlage, über die Stellung eines Menschen in unserer Gesellschaft entscheidet. Die weibliche Anlage, im Falle der Fortpflanzung die Kinder zu bekommen und zu stillen, ist der Grund, aus dem Frauen von Männern ausgegrenzt, unterdrückt und missbraucht wurden und werden. Die Unterdrückung von Frauen trifft sie aufgrund ihres Körpers, nicht ihrer Identität.

Um ein gesellschaftlich anschlussfähiges und handlungsfähiges Programm zu erhalten, muss DIE LINKE diese Realität anerkennen. Wir brauchen einen klaren Begriff für die Frau, damit wir in der Lage sind, ihre Interessen sowie ihre hart erkämpften politischen und sozialen Rechte zu schützen. Hierzu zählt, sich auch weiterhin politisch für ihre Belange organisieren zu können sowie das Recht auf eigene Schutz- und Freiheitsräume wie Frauenhäuser oder Sanitäreinrichtungen, die vom Selbstbestimmungsgesetz und jeder Praxis ungeprüfter geschlechtlicher Selbstidentifikation bedroht sind.

Antrag G.06.: Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg. Für eine Neuausrichtung der EU-Außenpolitik

Antragsteller*in:

KV Köln

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Frieden in Europa und der Welt ist die Voraussetzung für eine wirksame
- 2 Klimapolitik und einer Politik des sozialen Ausgleichs zwischen
- 3 Entwicklungsländern und Industriestaaten; aber auch für soziale Gerechtigkeit
- 4 zwischen Arm und Reich in der EU. Friedenspolitik, Klimanachhaltigkeit und
- 5 soziale Gerechtigkeit müssen zusammen gedacht, entwickelt und umgesetzt werden.
- 6 Die europäische Friedens- und Klimabewegung sowie Bewegungen für soziale
- 7 Gerechtigkeit (z.B. auch insbesondere die Gewerkschaften) müssen daher gestärkt
- 8 und ihre Vernetzung gefördert werden.
- 9 Vor diesem Hintergrund fordern wir von einer zukünftigen EU-Politik:
- 10 • Stärkung der Vereinten Nationen und Orientierung der europäischen Politik an
- 11 den Zielen und Regeln der UN-Charta und der globalen UN-Entwicklungsziele
- 12 (SDGs). Unterstützung und Ausgestaltung der „Neuen Agenda für den Frieden“
- 13 (Guterres).

- 14 • Die Ausgaben für eine angemessene Sozial- und Klimapolitik auf europäischer
15 Ebene müssen drastisch erhöht werden. Denn die größte Bedrohung der
16 Sicherheit aller Völker ist die Gefahr, dass weite Teile des Planeten
17 unbewohnbar werden. Es ist jetzt allerhöchste Zeit, mit allen verfügbaren
18 Ressourcen gegenzusteuern. Dagegen lehnen wir das von der NATO geforderte
19 2%-Ziel des Bruttoinlandproduktes (BIP) für Militärausgaben ab.
- 20 • Neuausrichtung der EU-Interessen in der Weltpolitik durch mehr
21 Unabhängigkeit von den USA und eigenständige Positionsbestimmung in einer
22 multipolaren Welt, die einen friedlichen Ausgleich mit und zwischen den
23 Interessen der großen Atommächte USA, China und Russland, aber auch z.B. den
24 weiteren BRICS-Staaten fördert. Der Grundsatz der Gleichberechtigung und
25 Selbstbestimmung der Völker muss Leitschnur einer solchen Außenpolitik sein.
26 Verzicht der EU und ihrer Mitglieder auf globale Militärinterventionen und
27 Marineeinsätze.
- 28 • Entwicklung einer eigenen europäischen Friedens- und Klimapolitik über die
29 Grenzen der EU hinaus (dazu gehören unter anderem eine Neuauflage der
30 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE und die
31 Förderung der zivilen Friedensdienste/zivilen Konfliktlösungen).
- 32 • Deeskalation des Ukraine-Krieges durch eigene diplomatische Initiativen, die
33 auf einen sofortigen Waffenstillstand mit anschließenden
34 Friedensverhandlungen drängen. Diese Initiativen müssen die bisher
35 beschlossenen sechs UN-Resolutionen zur Beendigung des Überfalls der
36 Russischen Föderation auf die Ukraine berücksichtigen. Die bisherige
37 Entwicklung zeigt eine voranschreitende Eskalation (z.B. durch Einsatz von
38 Streumunition). Eine atomare Eskalation des Konflikts muss unbedingt
39 verhindert werden.
- 40 • Der Grundsatz, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, muss konsequent
41 umgesetzt werden. Das gilt insbesondere für die völkerrechtswidrige
42 Lieferung der durch ein internationales Abkommen geächteten Streumunition.
43 Die Gefahr eines schleichenden Eintritts der Nato in den Konflikt muss
44 unbedingt verhindert werden.
- 45 • Beitritt aller EU-Staaten zum Atomwaffenverbotsvertrag, die bisher noch
46 nicht beigetreten sind. Dazu gehören auch Deutschland und andere EU-Staaten.
- 47 • Abwehr der von der EU geplanten Liquidierung des Menschenrechts auf Asyl.
48 Der Schutz aller verfolgten und bedrohten Menschen muss garantiert werden.
49 Keine Festung Europa! Dazu gehört auch die Aufnahme aller Menschen, die sich
50 einer Kriegsbeteiligung in ihren Ländern verweigern wollen.

Antrag P.02.: Umgang mit der Werbung für konkurrierende Parteien oder Listen

Antragsteller*in: Landesvorstand DIE LINKE. Schleswig-Holstein,
Landesvorstand DIE LINKE. Baden-Württemberg,
Landesvorstand DIE LINKE. Bremen, Landesvorstand DIE
LINKE. Nordrhein-Westfalen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Seit Monaten sind wir mit der ungewöhnlichen und schwer erträglichen Situation
- 2 konfrontiert, dass von einzelnen Abgeordneten der LINKEN Bundestagsfraktion für
- 3 eine konkurrierende Partei (oder Wahlliste) geworben wird.
- 4 Ungewöhnlich ist die Situation deshalb, weil diese konkurrierende Partei (oder
- 5 Wahlliste) bislang nicht existiert. An der Konkurrenzsituation besteht jedoch
- 6 kein Zweifel: Die bislang virtuelle Partei wird als die bessere Alternative
- 7 beworben zur LINKEN, der öffentlich und kontinuierlich ihre Kernkompetenz soziale
- 8 Gerechtigkeit bestritten wird. Schwer erträglich ist die Situation, weil sie uns
- 9 beschädigt: Durch die Diffamierung der LINKEN als Partei ohne sozialen Kompass
- 10 und durch das öffentliche Vertreten von mit der LINKEN unvereinbaren Positionen.
- 11 Diese Beschädigung ist an Wahlergebnissen und Eintrittszurückhaltung sichtbar.
- 12 Diese Situation erfordert, dass wir unsere Regeln und Erwartungen klären.
- 13 Abgeordnete, die für eine andere Partei als die LINKE (oder für eine mit der
- 14 LINKEN konkurrierende Wahlliste) kandidieren oder in diese eintreten wollen,
- 15 können nicht Mitglied der LINKEN Bundestagsfraktion sein. Dies gilt nicht erst ab
- 16 dem Zeitpunkt einer entsprechenden Aufstellungsversammlung oder eines formalen
- 17 Eintritts, sondern bereits ab dem Zeitpunkt, wo sie sich um einen Listenplatz für
- 18 diese Partei oder Liste bewerben, an einer Gründungsversammlung teilnehmen,
- 19 andere zu einer Gründungsversammlung einladen, um Spenden für die Gründung einer
- 20 anderen Partei oder Liste werben, oder dazu aufrufen, eine andere Partei oder
- 21 Liste zu wählen, zu unterstützen oder ihr beizutreten.
- 22 Wir fordern unsere Bundestagsabgeordneten der LINKEN auf, in einem solchen Fall
- 23 unverzüglich einen Ausschluss aus der Fraktion vorzunehmen.
- 24 Sollte das Ausscheiden oder der Ausschluss mehrerer Abgeordneter dazu führen,
- 25 dass die Fraktion den formalen Fraktionsstatuts verliert, ist es für die LINKE
- 26 von größter Wichtigkeit, dass die verbleibenden Abgeordneten weiterhin eine
- 27 gemeinsame Gruppe im Bundestag bilden, sich als solche verstehen, als solche
- 28 gemeinsam handeln und sich entsprechende Strukturen geben. Dies gilt unabhängig
- 29 davon, ob und zu welchem Zeitpunkt eine formale Anerkennung als Gruppe durch den
- 30 Bundestag erfolgt.
- 31 Im Sinne des gemeinsamen Handelns derer, die unverändert zur LINKEN stehen,
- 32 halten wir es für wichtig, dass es zu einer inklusiven Vorstandsbildung in der
- 33 Fraktion kommt, bei der das Spektrum derjenigen, die sich unverändert zur LINKEN
- 34 bekennen, angemessen abgebildet wird und die daher breit getragen werden kann. In
- 35 einer Situation, wo wir mit einer möglichen Abspaltung bedroht sind, brauchen wir
- 36 unter denen, die keine Absichten in eine solche Richtung haben, die Bereitschaft
- 37 zur Einigung und zur Einheit.

Antrag P.03.: Die Krise der Partei beenden - Entscheidungen herbeiführen

Antragsteller*in: KV Flensburg, Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen), Michael Efler (Berlin), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert:
 - 2 • Angriffe von Mitgliedern der Fraktion auf die demokratisch legitimierten
 - 3 Gremien und Entscheidungen der Partei entschieden zurückzuweisen;
 - 4 • jeden Versuch von Mitgliedern der Fraktion, eine konkurrierende Partei oder
 - 5 einen konkurrierenden Wahlantritt zu planen, zu organisieren und/oder damit
 - 6 erpresserisch zu drohen oder ein solches Vorhaben zu dulden bzw. zu
 - 7 unterstützen, unmissverständlich entgegenzutreten.
 - 8 • bei einer Beteiligung oder Unterstützung eines solchen Vorhabens, den
 - 9 Verbleib daran teilnehmender Mitglieder in der Fraktion nicht hinzunehmen
 - 10 und schnellstmöglich durch Ausschluss zu beenden.
- 11 2. Der Parteivorstand wird aufgefordert:
 - 12 • allen Versuchen aus der Partei oder der Bundestagsfraktion heraus, mit
 - 13 Mitteln der Partei oder der Fraktion eine konkurrierende Partei oder einen
 - 14 konkurrierenden Wahlantritt zu planen, zu organisieren und/oder damit
 - 15 erpresserisch zu drohen oder ein solches Vorhaben zu dulden oder zu
 - 16 unterstützen, entschlossen und kompromisslos entgegenzutreten;
 - 17 • satzungsgemäß konsequent gegen diejenigen vorzugehen, die sich an der
 - 18 Planung und/oder Gründung einer konkurrierenden Partei oder einem
 - 19 konkurrierenden Wahlantritt beteiligen, diesen unterstützen bzw. mit beidem
 - 20 oder einem von beidem erpresserisch drohen.
- 21 3. Die Landesverbände werden aufgefordert:
 - 22 • gegenüber den über ihre Landeslisten in den Bundestag gewählten
 - 23 Abgeordneten, für die Durchsetzung der oben aufgeführten Beschlüsse
 - 24 einzutreten und auch deren Akzeptanz direkt Gewählten nahelegen.

Begründung

DIE LINKE befindet sich in einer existenziellen Krise. So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Seit der Bundestagswahl im September 2021 hat sich die Krise der Partei weiter vertieft. In vielen der bundesweiten Umfragen steht bei der Partei oft die 4 vor dem Komma. In einzelnen Trends taucht inzwischen das erste Mal nach zwanzig Jahren wieder die 3 auf. Vor zwei Jahren standen dort noch Werte zwischen 7 und 8 Prozent. Zur Bundestagswahl lagen wir knapp unter 5 Prozent. In den Wahlumfragen der Bundesländer sieht es noch schlechter aus. Auch die Wahlergebnisse dort sprechen seit September 2021 eine deutliche Sprache. Zeit den "Realitäten" ins Auge zu sehen.

Innerhalb von gut einem Jahr hat die Partei in derzeit vier Landtagswahlen katastrophale Niederlagen hinnehmen müssen. In zweien konnte sie sich auf Grund stadtpolitischer Resilienz und eigenständiger und erfolgreicher strategischer Abgrenzung von der Beliebigkeit in der Gesamtpartei behaupten. Allerdings ging in Berlin die sich bis dahin stabilisierend auswirkende Regierungsbeteiligung verloren. Damit sind zwei Jahre nach der letzten Bundestagswahl viele Landesverbände erheblich geschwächt. Mitunter ist ihr wahlpolitischer Einfluss nicht mehr messbar.

Die Verluste bei diesen Wahlen wirken sich nicht nur in Prozenten und absoluten Zahlen bei Wähler*innen aus, sondern gehen einher mit starken Mitgliederverlusten, dem regionalen Zusammenbruch ganzer Parteistrukturen sowie erheblichen infrastrukturellen und finanziellen Einbußen. Bei einer Fortsetzung dieser Politik der Beliebigkeit, droht die Fortsetzung dieser Selbstzerstörung bei den kommenden Landtagswahlen und der Wahl zum Europäischen Parlament.

Schon die Koexistenz sich einander in politischen Grundfragen ausschließender politischer Programmatik einer Partei führt zu ihrer systematischen Schwächung. Die Politik des "Weiter so" ist krachend gescheitert. Die bewusste Tolerierung vollständig entgegengesetzter und sich gegenseitig ausschließender politischer Konzepte, Auffassungen und Werte unter dem Dach EINER politischen Partei und insbesondere in der Bundestagsfraktion blamiert sich bei jedem aktuellen politischen Thema neu (beginnend bei der Ankunft von Geflüchteten 2015, dem Konflikt um die Gründung von „Aufstehen“ und dem zum Teil widersprüchlichen Verhalten zu „Unteilbar“, die Debatte um die CORONA-Krise, die Auseinandersetzungen um die Klimapolitik der Partei, den heißen Herbst und nicht zuletzt den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine) und muss beendet werden, soll DIE LINKE als wahrnehmbare bundespolitische Kraft überleben und endlich wieder handlungsfähig werden.

Es kann nicht sein, dass die Bundestagsfraktion mit ihren Ressourcen und Potentialen Mitglieder unterstützt, die damit unverfroren die programmatischen Positionen der LINKEN konterkarieren und die Gründung einer konkurrierenden Partei betreiben. Diese verantwortungslose Zerstörung der Partei durch die Mehrheit ihrer Bundestagsabgeordneten muss aufhören. Sollte die jetzige Fraktion dazu unfähig sein, müssen die MdB, die bereit sind, diesen Bruch zu vollziehen, die volle politische Rückendeckung und Unterstützung des Parteitag und des Parteivorstandes erhalten. Sie vertreten DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

Für die Zusammensetzung dieser Fraktion sind maßgeblich die Landesverbände verantwortlich! Diese sind aufgefordert gegenüber den von ihnen aufgestellten MdB den Willen der Partei eindeutig klarzustellen und von ihnen ein Verhalten einzufordern, die das parteizerstörerische Verhalten der gegenwärtigen Fraktionsmehrheit beendet.

Eine wichtige Chance diesem verheerenden Prozess noch ein unmissverständliches Stoppzeichen entgegenzusetzen, wird der Parteitag sein. Auch wenn der Versuch des "linkskonservativen" Lagers, den Parteivorstand mit Hilfe eines Sonderparteitages zu stürzen und selbst das Kommando zu übernehmen, inzwischen Geschichte und fast vergessen ist, wurde das Problem nicht gelöst und ist DIE LINKE weiter Geisel dieser Entwicklungen. Eine erfolgreiche Teilnahme an der Wahl zum Europäischen Parlament oder den Landtagswahlen 2024 und den Bundestagswahlen zwei Jahre später ist unter diesen Voraussetzungen eine Illusion.

Genau deswegen braucht es eine nachhaltige Klärung dieses Konfliktes, eine Richtungsentscheidung und einen politischen und programmatischen Neustart der Partei auf dem kommenden Parteitag. Wir wollen ihn ermöglichen und herbeiführen.

Antrag P.04.: DIE LINKE neu begründen

Antragsteller*in:	KV Pankow, Eva-Maria Glathe-Braun (BAG Grundeinkommen), Michael Efler (Berlin), weitere
--------------------------	---

Der Parteitag möge beschließen:

1. Nach der Europawahl intensiviert der Parteivorstand im 2. Halbjahr 2024 die
2. Debatte zur programmatischen Neubegründung der Partei. Die Debatte wird in

- 3 Teilen zusammen mit der Debatte über das Bundestagswahlprogramm 2025
4 konzipiert und organisiert. Zugleich soll es sich bei der programmatischen
5 Neubegründung um einen sowohl eigenständigen als auch über die
6 Bundestagswahl hinaus reichenden Prozess handeln. Dieser Prozess endet
7 vorerst mit einer Urabstimmung aller Mitglieder im 2. Halbjahr 2026 und wird
8 darüber hinaus verstetigt.
- 9 2. Wir unterstützen den Parteivorstand in der Durchführung dieser Debatte und
10 schlagen die Gründung von Arbeitsgremien auf Bundesebene und in den Ländern
11 vor, die die Debatte organisieren, koordinieren und die Ergebnisse
12 zusammenfassen.
- 13 3. Zur Mitarbeit in diesen Arbeitsgruppen werden alle Arbeitsgemeinschaften,
14 Plattformen und Zusammenschlüsse sowie sämtliche Mitglieder eingeladen, die
15 ein Interesse daran haben, dass Die Linke wieder zu einer programmatisch
16 klar erkennbaren und politisch handlungsfähig aufgestellten Partei wird.
- 17 4. Die Programmdiskussion soll ein Angebot an alle sein, die eine demokratisch-
18 sozialistische, eine sich erneuernde Linke wollen. Sie soll Widersprüche
19 benennen und Debattenfelder eröffnen, also die innerparteiliche
20 Willensbildung ermöglichen. Dabei geht es uns nicht um eine Debatte mit
21 Teilen der Partei, die mit der Gründung einer konkurrierenden Partei drohen
22 oder die Partei erpressen wollen. Das hätte keinen Sinn. Es geht uns darum,
23 die Fragen zu klären, die für eine linke Politik zu klären sind.
- 24 5. Alle Arbeitsgemeinschaften, Plattformen und Zusammenschlüsse sowie
25 Mitglieder, die an einer konstruktiven programmatischen Debatte Interesse
26 haben, sind aufgerufen, dementsprechende Vorschläge und Thesen schriftlich
27 zu fixieren und diese den Arbeitsgremien der Partei zur Debatte zu übergeben
28 (siehe Anlage).

Begründung

DIE LINKE befindet sich in einer existenziellen Krise.

Die PDS und DIE LINKE waren Reaktionen auf den Untergang der DDR und die fundamentalen Veränderungen in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen in der PDS reichten vom populären bis zum populistischen Widerstand. Im Zentrum standen zum einen die Kritik am mit der deutschen Einheit übernommenen „System“ mit dessen sozialen Folgen und zum anderen das Ringen um individuelle Anerkennung sowie politische Partizipation der Bürger*innen der ehemaligen DDR. Diese Auseinandersetzungen wurden 2004 durch das „Strategische Dreieck“ beendet. Demokratischer Sozialismus wurde nun als langer, transformatorischer Prozess beschrieben. Kämpfe um Reformalternativen sollten a) Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik, b) gestaltende Reformpolitik und c) über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen miteinander verbinden. Protest und Gestaltung gab es danach in innerparteilicher Koexistenz, weil gleichzeitig der Widerstand und die Vereinigung mit der WASG gegen die neoliberale Agenda 2010 zur erfolgs- und identitätsstiftenden Klammer wurden. Das Erfurter Programm der neuen Partei DIE LINKE nahm beides auf.

Nur eine programmatisch eindeutige LINKE kann in Protesten und Regierungen überleben.

Auseinandersetzungen entzündeten sich jedoch stets an den Regierungsbeteiligungen in den ostdeutschen Ländern. Dort wurde zu oft „Regieren als Wert an sich“ begriffen. Wahlniederlagen befeuerten die Debatte „Opposition versus Regieren“. Das hat sich verändert. Die Landesverbände in Regierungsverantwortung sind bei Wahlen die derzeit noch praktisch und programmatisch existierenden Motoren unserer Partei. Anderswo ist sie mitunter kaum noch wahrnehmbar. Dort, wo demokratischer und sozialer Protest mit

konkreten, durchsetzbaren Gestaltungsalternativen unterlegt und die Mitwirkung in Landesregierungen eng mit den realen Problemen der Mehrheit der Bevölkerung verbunden wird, ist auch die Partei noch überlebensfähig. Dazu gehört in Ost wie West eine hohe programmatische Verbundenheit mit der Partei sowie eine enge Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft und Bewegungen.

Mit Anpassung der Gesellschaft an die leicht korrigierten, aber dennoch zunehmend tieferen Verwerfungen, die einst dem Einheitsprozess der Partei enorme Mobilisierungsimpulse gaben, werden erneut inhaltliche Differenzen wieder dominant. Seit der Ankunft Hunderttausender Geflüchteter 2015 in Deutschland zeigt sich ein Aufwuchs der globalen Dimension gesellschaftspolitischer Herausforderungen. So werden die Widersprüche der Partei unübersehbar.

DIE LINKE muss ihre inneren Widersprüche benennen und auflösen.

In der aktuellen Situation verteidigen wir die Grundsätze und Werte des Erfurter Programms. Wir müssen aber konstatieren, dass es in der Partei Positionen gibt, die unserem Programm widersprechen. Dazu gehören:

- die Absicht, auf die globalen Herausforderungen mit einer nationalstaatlichen oder auch regionalen Politik der Abschottung und/oder der sozialen und kulturellen Ausgrenzung, die sich selbst „linkskonservativ“ nennt, zu reagieren;
- das Festhalten daran, gesellschaftspolitische und globale Konflikte mit Ideologien und Feindbildern der bipolaren Welt des Kalten Krieges zu erklären und so autoritäre, repressive und militaristische Regime zu rechtfertigen;
- der Versuch, gesellschaftliche Probleme, die aus dem Vereinigungsprozess resultieren und heute von gesamtdeutschen, europäischen und globalen Widersprüchen oder Entwicklungen überlagert werden, mit ausgrenzender ostdeutscher Identitätspolitik zu beantworten.

Das Erste macht uns mit rechter Politik verwechselbar; das Zweite führt zu sektiererischer Politik; das Dritte hat sich überlebt.

Für uns ist die sozialistische Idee seit jeher die der internationalen Solidarität mit allen, die für ihre Menschenrechte kämpfen. Versuche, Menschen in ein Land zu sperren oder unter eine Diktatur zu zwingen, gehen stets einher mit Diskriminierung und schwersten Menschenrechtsverletzungen. Daraus ziehen wir seit 1989 programmatische Konsequenzen. Dazu gehört: DIE LINKE muss soziale, politische und kulturelle Benachteiligungen solidarisch, nicht ausgrenzend, thematisieren.

Die aktuell in der Partei zur selben Zeit existierenden widersprüchlichen Positionen führen zu mangelnder Glaubwürdigkeit in alle Richtungen und gehen zulasten unseres Mobilisierungspotenzials. Trotz gemeinsamer sozialer Interessen haben Menschen mit so unterschiedlichen Überzeugungen in der Realität, auch in einer Partei, ungern miteinander zu tun und lassen sich kaum gemeinsam ansprechen und vertreten. Die soziale Situation wird von konträren Werten und Zielen überlagert. Der Versuch, diese Konflikte mit Formelkompromissen und „Mut zur Lücke“ zu übertünchen, ist nicht nur bei Wahlen gescheitert. Aus Pluralität wurde Stück für Stück akzeptierte und tolerierte Beliebigkeit. Die dem entsprechende Politik des „Weiter so“ ist sowohl bei der letzten Bundestagswahl als auch bei den meisten der nachfolgenden Landtagswahlen krachend gescheitert.

DIE LINKE muss auf gesellschaftliche Veränderungen reagieren.

Was der LINKEN in den vergangenen 10 Jahren offensichtlich nicht in ausreichendem Maße gelang, ist die Entwicklung neuer linker programmatischer und strategischer Antworten auf aktuelle gesellschaftliche und politische Veränderungen des 21. Jahrhunderts. Die Differenzen in der Partei müssen also als Klärungsprozesse um nicht gelöste Fragen der politischen Praxis und um fehlende oder unzureichende Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen bearbeitet werden.

Für eine linke Partei ist es unverzichtbar, die soziale Frage ins Zentrum des Wahlkampfes zu stellen. Jedoch ist der Versuch, ungeklärte Konflikte hinter einem Sozialstaatsprogramm zu verbergen, gescheitert. Zunehmend reagieren bisherige und potenzielle Wähler*innen ablehnend darauf. Der LINKEN fehlt eine einigende politische Idee. In zentralen Gegenwarts- und Zukunftsfragen ist sie tief gespalten. Die bisherige Koexistenz sich einander in politischen Grundfragen ausschließender politischer Programmatik führt zur systematischen Schwächung. Die Auseinandersetzungen um den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine bestätigen das desaströs. Das prägt die Partei und ist ursächlich für ihren ausgezehrten Zustand.

Antifaschismus und internationale Solidarität müssen wieder Konsens werden.

DIE LINKE schafft es in gesellschaftspolitischen Grundfragen derzeit nicht, politisch erkennbar zu bleiben. Das reicht von der Ankunft Geflüchteter im Jahr 2015 über die Gründung von "Aufstehen" und unser Verhältnis zu "Unenteilbar" bis hin zur Corona-Pandemie und zur Klimakrise. In jüngster Zeit zählen auch die Debatten um den "Heißen Herbst" und unsere Haltung zum russischen Angriffskrieg dazu.

Fast immer geht es darum, welchen Bezugsrahmen unsere Politik haben soll - national und isoliert oder international und solidarisch. Es geht darum, an wen wir uns wenden und für wen wir uns einsetzen. Eine international solidarische Demokratie und unbedingter Antifaschismus müssen Konsens in der Partei sein. Die Tolerierung vollständig entgegengesetzter und sich gegenseitig ausschließender politischer Konzepte, Auffassungen und Werte unter dem Dach einer gemeinsamen politischen Partei muss aufhören. Nur so kann DIE LINKE als wahrnehmbare bundespolitische Kraft überleben und wird endlich wieder handlungsfähig.

Programmatische Erneuerung geht nur miteinander und nicht gegeneinander.

In dieser Lage soll eine Programmdiskussion vor allem ein Angebot an alle sein, die eine demokratisch-sozialistische, eine sich erneuernde LINKE wollen. Sie soll Widersprüche benennen und Debattenfelder eröffnen, also die innerparteiliche Willensbildung ermöglichen. Einseitige Rechthaberei ist da von keiner Seite hilfreich. Ausgeschlossen jedoch ist eine Debatte mit Teilen der Partei, die mit der Gründung einer konkurrierenden Partei drohen oder die Partei erpressen. Richtig ist, dass das gegenwärtige konsequenzlose Nebeneinander beliebiger und sich grundsätzlich widersprechender Positionen zur Selbstzerstörung der Partei führt. Wir müssen uns entscheiden: Wenn Menschen die Schlussfolgerung ziehen, dass die eigenen Positionen in der LINKEN nicht vertreten wären, und sie eine neue Partei gründen wollten, sollen diejenigen das tun und gehen. Die Debatte darüber wird seit Jahren geführt und muss im Interesse der Partei und ihrer Existenz ein Ende haben. Eine Neuauflage ist überflüssig.

DIE LINKE braucht ein zukunftsfähiges Programm.

Das Erfurter Programm bleibt für uns in vieler Hinsicht der gültige Ausgangspunkt programmatischer Debatten und notwendiger Erneuerung. Zugleich gibt es viele vor allem globale Entwicklungen, die ganz klar auf allen Ebenen der inneren Politik des Landes und im Alltag der Bürger*innen angekommen sind. Es haben sich neue Widersprüche im Land, in Europa und der Welt ergeben. Dazu zählen konkrete Krisen wie die Klimakatastrophe und die Pandemie oder auch Verwerfungen an den Finanzmärkten. Darüber hinaus erleben wir, wie zunehmender Autoritarismus und neoimperialistische Konflikte bis hin zu Kriegen das Überleben von Menschen weltweit gefährden. Zugleich müssen wir politisch auf unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen reagieren. Der demographische Wandel und globale Migrationsbewegungen wirken sich ebenso auf unser Zusammenleben aus wie der technologische Wandel und Veränderungen in der Wirtschaft und der Arbeitswelt.

Eine gelingende Politik muss die Vielfalt dieser Widersprüche berücksichtigen. Für alle Probleme braucht es zeitgemäße Lösungen. Viele dieser Widersprüche und Probleme sind zum Zeitpunkt der Parteigründung noch nicht erkennbar gewesen oder sie waren

sekundär. Um als Partei handlungsfähig zu sein, ist es auch deshalb wichtig, den beschriebenen Veränderungen mit einer programmatischen Erneuerung Rechnung zu tragen.

Anlage 1

Thesen des Netzwerkes Progressive Linke – für eine programmatische Neubegründung der Partei Die Linke

These 1 - Global denken – Solidarisch handeln

Ausgehend von den globalen Herausforderungen und Widersprüchen wollen wir das Erfurter Programm weiterentwickeln und zugleich seine Grundwerte wahren. Dabei sind die in UN-Übereinkommen festgehaltenen Menschenrechte sowie die friedenspolitischen, klimaschützenden- und ökologischen Standards für uns Mindestmaßstäbe. Sie sind humanistische, zivilisatorische und wissenschaftliche Schlussfolgerungen, die aus den politischen, sozialen und ökologischen Kämpfen und Katastrophen der Vergangenheit gezogen und verallgemeinert wurden.

These 2 – Die Globalisierung ist ein objektiver uns alle betreffender Prozess

Die Globalisierung ist ein objektiver Prozess, dem sich kein Land und keine Partei dauerhaft entziehen kann. Sie ist u. a. gekennzeichnet durch:

- die Gefährdung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, darunter zuerst die Klimakrise und die zu ihrer Überwindung angestrebte Dekarbonisierung sowie die Schaffung einer klimaneutralen Energieversorgung und Industrie;
- eine weltweit verflochtene Industrie und Wertschöpfung, einen globalen Arbeitsmarkt, Digitalisierung, künstliche Intelligenz und den rasanten Wandel von Technologien;
- den von globalen Finanzmärkten, Handels- und Investitionsverträgen getriebenen neoliberalen Turbokapitalismus, der den Kampf um Ressourcen und Eigentumsrechte verschärft und die globale Spaltung in Arm und Reich vertieft;
- neoimperialistische Konflikte und Bedrohungsszenarien, verbunden mit einem entfesselten Wettrüsten u. a. durch Massenvernichtungswaffen;
- ein rasantes Metropolenwachstum sowie weltweite Flucht- und Migrationsbewegungen;
- die EU als europäischen Versuch, die globalen Herausforderungen zu bewältigen.

These 3 – Die globalen Widersprüche führen zu neuen Trennlinien

Das 20. Jahrhundert hat den Kalten Krieg, aber nicht die Geschichte beendet. Eine Gesellschaft, die untrennbar ökologische, friedenspolitische und ökonomische Nachhaltigkeit mit den sozialen und politischen Menschenrechten eint, ist bisher nicht in Sicht. Sie ist unser Ziel.

Vielfältige Widersprüche spiegeln sich in alten und neuen Trennlinien wider. Natur und menschliche Zivilisation stehen derzeit im Konflikt miteinander. Die Frage von Krieg und Frieden hat nie an Aktualität verloren und besitzt seit dem russischen Angriff auch für die Menschen innerhalb von Europa höchste Brisanz. Der Widerspruch von Kapital und Arbeit schafft Armut; der gesellschaftliche Reichtum kommt nicht bei der Bevölkerung an. Trotz Fortschritten bleiben Konfliktlinien zwischen den Geschlechtern bestehen und rechtsextreme sowie konservative Kreise attackieren Frauen und Mitglieder der LGBTQI+-Community seit einigen Jahren wieder verstärkt. Zuletzt wird die Freiheit von Menschen durch Repression bedroht – in Diktaturen, aber zum Teil auch in Demokratien.

Diese Widersprüche und Konfliktlinien sind trotz regionaler Unterschiede global. Viele davon besitzen existenziellen Charakter für die Menschen. Letztlich sind alle Lager, Klassen, Schichten und Individuen dazu gezwungen, sich zu diesen objektiven Prozessen zu verhalten. Die Trennlinien verlaufen nicht mehr nur zwischen Oben und Unten, sondern in globalen Menschheitsfragen mitten durch alle sozialen Gruppen. Diese spalten sich bei

einigen Fragen in nationalistische und multilaterale Tendenzen.

These 4 – Links geht nur antifaschistisch und international solidarisch

Eine demokratisch-sozialistische Linke muss für ökologische, friedenspolitische und ökonomische Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie für die Wahrung und für die zivile wie demokratische Durchsetzung universeller sozialer und politischer Menschenrechte stehen. In diesen Zielen spiegeln sich die Interessen der Mehrheit aller Menschen wider und sie sind für uns die zentralen Werte demokratisch-sozialistischer Politik. Abschottung, Diskriminierung und Ausgrenzung sind damit unvereinbar und wir lehnen diese in der Gesellschaft und in der Partei ab. Soziale Gerechtigkeit und die Freiheit aller sind untrennbar verbundene Ziele. Antifaschismus ist Kernaufgabe unserer Partei. Wir sind solidarisch mit Antifaschist*innen weltweit und wehren uns gegen die Kriminalisierung antifaschistischen Handelns in Deutschland und darüber hinaus.

These 5 – Freiheit für alle gibt es nur in Solidarität

In Zeiten globaler Herausforderungen brauchen wir eine demokratisch-sozialistische Linke, die gemeinsam Politik mit all denen gestaltet, die für eine Gesellschaft stehen, in der alle Menschen in Würde leben können und in der Solidarität und soziale Gerechtigkeit die Grundlage sind. Dabei gehen wir davon aus, dass die Freiheit der Einzelnen nur dort dauerhaft Wirklichkeit werden kann, wo sie nicht auf Kosten oder durch Unterdrückung anderer bzw. ihrer Diskriminierung erfolgt und wo gesellschaftlichen Herausforderungen mit Solidarität begegnet wird. Wir wollen uns sowohl für die Interessen der Arbeitenden (z. B. Erwerbstätige, Carearbeiter*innen und Selbständige) als auch für die Interessen von z. B. Geflüchteten, Erwerbsunfähigen, Transfergeldempfänger*innen in Arbeitsverhältnissen oder ohne und Rentner*innen einsetzen.

These 6 – Wir müssen den Kapitalismus überwinden

Wir brauchen eine demokratisch-sozialistische Linke, die für eine global gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und für den bestimmenden Einfluss öffentlichen, genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Eigentums, insbesondere bei der öffentlichen Daseinsvorsorge und Grund und Boden, eintritt. Der neoliberale Kapitalismus ist gescheitert. Er hat die Systemwidersprüche nicht nur nicht gelöst, sondern verschärft. Er führt zu massiver globaler Ungerechtigkeit und mehrfachen Krisen. Wir brauchen (wieder) eine an den existenziellen Bedürfnissen der Gesellschaften ausgerichtete Regulierung.

These 7 – Es geht nur mit der Klimabewegung gemeinsam

Demokratischer Sozialismus bedeutet auch, dafür zu kämpfen, dass die Welt bewohnbar bleibt. Ohne Klimagerechtigkeit und den ökologischen sowie sozialverträglichen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft wird das nicht gelingen. Der Klimawandel wird die Ärmsten am härtesten treffen und tut das bereits heute. Statt die Klimabewegung als einen Mittelschichtsprotest zu kritisieren, kämpfen wir mit und innerhalb der Klimabewegung für demokratische und sozialistische Lösungen. Klimaproteste müssen mit dem Kampf gegen Kapitalismus und Konzerne verbunden und nicht gegen soziale Gerechtigkeit ausgespielt werden. Wir suchen mit den von der notwendigen Transformation Betroffenen nach solidarischen Lösungen für einen sozialen und ökologischen Umbau. Klimagerechtigkeit bezieht sich sowohl auf Deutschland als auch auf den globalen Süden.

These 8 – Die Linke darf Betroffene nicht gegeneinander ausspielen

Die Näherin in Bangladesch gegen den Kassierer im Discounter oder die hiesige Fabrikarbeiterin gegen den Fischer in Somalia auszuspielen, darf für eine demokratisch-sozialistische Linke keinerlei Option sein. Dieses Gegeneinander ist Teil rechter Mobilisierung, die unter dem Motto „Wir zuerst!“ stattfindet. Das ist nicht nur zutiefst egoistisch sondern auch kurzichtig. Wer nicht bereit ist, die Interessen der von den globalen Krisen und Verteilungsungerechtigkeiten am stärksten Betroffenen mit in das eigene Denken und Handeln einzubeziehen, wird diese vertiefen, verstärken und

letztendlich selbst immer stärker betroffen sein.

These 9 – Die europäische Integration ist eine Chance

Der Prozess der europäischen Integration ist für DIE LINKE sowohl eine Herausforderung als auch eine Chance, die Europäische Union weiter zu demokratisieren, sie friedlicher, gerechter und ökologischer zu gestalten. Ein Zurück zu Nationalismus und regionaler Borniertheit sind für uns keine Option. Der Irrweg des Brexit zeigt, dass internationale Herausforderungen nicht national zu bewältigen sind. Vielmehr kommt es gerade jetzt darauf an, auf der Ebene der Mitgliedsstaaten die unter dem Druck der aktuellen Krisen vorgenommenen Kurskorrekturen der EU wie die Aufnahme gemeinsamer Kredite zur Finanzierung ökologisch orientierter Investitionsprogramme zu unterstützen und zu nutzen.

Derartige Programme müssen wesentlich konsequenter auf soziale und Klimaschutzziele ausgerichtet und die Europäische Union muss insgesamt vom Ballast neoliberaler Politik befreit werden. Eine eigenständige, fortschrittliche Politik auf der Ebene der Mitgliedsstaaten – gemeinsam mit möglichst vielen anderen EU-Mitgliedsländern – erhöht den Druck in Richtung sozialer und ökologischer Reformen auf EU-Ebene. Dadurch entsteht wiederum erweiterter Spielraum für fortschrittliche Politik im einzelstaatlichen und regionalen Rahmen. Staaten sind immer noch starke Kräfte für eine eigenständige regionale Regulierung, für viele sind sie auch weiterhin ein Ordnungsrahmen für Politik. Dennoch wird es einzelnen Staaten ohne wachsende internationale Kooperation zunehmend unmöglich, Probleme zu lösen und den Erwartungen der Bürger*innen gerecht zu werden.

These 10 – Ein solidarisches Europa geht nur mit der Linken

Als demokratisch-sozialistische Partei muss DIE LINKE gerade jetzt die europäische Solidarität, die Vernetzung und gemeinsames Handeln im Rahmen der Europäischen Linken als unverzichtbar ansehen und deshalb vorantreiben. Im Hinblick auf die Europawahl machen wir uns als Gegenpol zum dramatischen neonationalistischen Aufstieg der Rechten in Europa für eine klare, gemeinsame Perspektive eines solidarischen Europas stark. Dabei wissen wir, diese Erneuerung kann nur gelingen mit der Solidarität aller Linken in Europa und einer Vision einer anderen, solidarischen und gerechteren Europäischen Union.

These 11 – Für den Frieden muss Russland sämtliche Aggressionen einstellen

Den verbrecherischen Angriffskrieg Russlands und die von Russland begangenen Kriegsverbrechen muss eine demokratisch-sozialistische Linke aufs Schärfste verurteilen und sich für eine Bestrafung der Verantwortlichen einsetzen. Unsere Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die leiden, Widerstand leisten oder flüchten müssen. Wir verteidigen alle Menschenrechte an jedem Ort. Wir erkennen das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstverteidigung gegen den russischen Angriff entsprechend der UN-Charta Art. 51 an. Zur Beendigung des russischen Krieges gegen die Ukraine fordern wir den vollständigen Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine und einen entsprechenden Waffenstillstand, der den Weg zu ernsthaften Friedensverhandlungen freimacht. Unsere Solidarität gehört ebenso den Menschen in Russland, die sich gegen den Krieg stellen, desertieren und dafür Verfolgung befürchten müssen.

These 12 – Antimilitarismus geht nur gegen jeden Imperialismus

Eine linke Partei mit demokratisch-sozialistischem Anspruch muss solidarisch sein mit allen Menschen weltweit, die von Krieg und Verfolgung bedroht sind, und sich allen Brüchen des Völkerrechts und imperialistischer und neokolonialer Machtpolitik entgegenstellen. Unser Antimilitarismus bedeutet, dass wir für die politische Perspektive einer europäischen und globalen Friedensordnung, für friedenspolitische Nachhaltigkeit, die Nichtweiterverbreitung sowie den Abbau von Massenvernichtungswaffen und die Stärkung von Diplomatie, auch im Rahmen der Vereinten Nationen, eintreten.

These 13 – Kommunen für die Zukunft stärken

Die Kommunen werden den größten Teil der Lasten der sozial-kulturellen und ökologischen Transformation in den nächsten Jahren bewältigen müssen. Viele Herausforderungen wie z. B. die Digitalisierung, ökologische Landwirtschaft, die Umstellung auf erneuerbare Energien, der Wohnungsmangel oder die Ausstattung von Schulen sind bereits heute ein Thema und werden die Kommunen auf Jahrzehnte beschäftigen. Sie sollen zudem entscheidend daran mitwirken, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter den Menschen ein sicheres und emanzipatorisches Leben ermöglicht. Für all das wollen wir sie politisch und damit auch ökonomisch stärken. Wir brauchen eine groß angelegte Entschuldung durch Bund und Länder und eine Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten durch eine eigene föderale Säule.

These 14 – Echte Emanzipation erfordert die Mittel zur Selbstbefreiung

Wir brauchen eine demokratisch-sozialistische Linke, die eine Politik, die die Emanzipation der Einzelnen als politische Selbstbefreiung von allen Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnissen entwickelt, ermöglicht und stärkt. Soziale und politische Teilhabe und Selbstbestimmung sind für uns Weg und Ziel progressiver gesellschaftlicher Entwicklung. Wir wollen mit solidarischer Selbstverwaltung und Selbstorganisation im täglichen Leben wie in Verbindung mit gemeinschaftlicher Kooperation einen Beitrag zur Schaffung einer solidarischen Gesellschaft leisten.

These 15 – DIE LINKE muss feministisch und antipatriarchal sein

Eine demokratisch-sozialistische Linke muss sich zugleich als feministische und antipatriarchale Partei begreifen, die sich für die Rechte von queeren Menschen einsetzt, und die gemeinsam mit ihnen gegen die Diskriminierung von LGBTQI+ kämpft. Wir sehen Vielfalt nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung. Für uns sind die Rechte von Frauen und LGBTQI+ nicht verhandelbar. Wir verteidigen die erreichten Fortschritte und machen uns stark für echte Gleichstellung in allen Bereichen.

These 16 – Progressive Mehrheiten sind möglich

Wir brauchen eine demokratisch-sozialistische Linke, die auf der Grundlage dieser Ziele und Werte eine solidarische Gesellschaft im Hier und Heute anstrebt und erkämpft und durch progressive Mehrheiten sichert. Eine solche Gesellschaft verstehen wir als einen immer wieder neu zu erkämpfenden sozialen und kulturellen Gestaltungsraum und keinen einmal errungenen Zustand mit automatischem Machterhalt. Je mehr Menschen diesen Gestaltungsraum anstreben, desto größer wird er. Als Teil der Gesellschaft wollen wir sie demokratisch und rechtsstaatlich verändern. Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit sind zivilisatorische Errungenschaften, die wir wahren, beschützen und ausbauen werden. Bei aller Kritik an bürgerlichen Parteien werden wir nicht Demokrat*innen mit den Feind*innen der Demokratie gleichsetzen.

These 17 – DIE LINKE wirkt in der Opposition und an der Regierung

Für eine handlungsfähige demokratisch-sozialistische Partei ist Opposition kein Mist und Regieren kein Wert an sich. Wir nutzen die demokratischen Grundrechte, die Öffentlichkeit, Streiks, den zivilen Ungehorsam und die Möglichkeiten der direkten Demokratie. Jedoch gibt es ohne qualifiziertes, widerständiges Regieren und ohne Gestaltungsoptionen auf allen Ebenen auch keine nachhaltigen Lösungen der Herausforderungen im Land und in der Welt.

These 18 – DIE LINKE muss auch außerparlamentarisch wirken

Als progressive demokratisch-sozialistische Partei muss DIE LINKE solidarisch gegenüber progressiven Bewegungen und Gewerkschaften sein; sie steht an der Seite von Bündnispartner*innen aus der Zivilgesellschaft und ihre Mitglieder sind selbst ein Teil davon. Eine linke Partei hat keine Chance, die Gesellschaft zu verändern, wenn sie nicht nachdrücklich auch außerhalb des Parlaments Bündnisse eingeht. Unsere politischen

Biografien sind eng verbunden mit dem Engagement in sozialen und vielen anderen Bewegungen, in Gewerkschaften und in der Zivilgesellschaft. Wir verstehen uns als verlässliche Partner*innen und Teil der Gewerkschaften und ihrer Arbeitskämpfe wie auch als Teil des davon nicht zu trennenden Kampfes gegen rechts und für unteilbare soziale Rechte und für Freiheitsrechte. Eine progressive Linke hat die Unterordnung sozialer Kämpfe von Diskriminierten und Minderheiten unter einen vermeintlichen Hauptwiderspruch unumkehrbar überwunden.

„Wir kämpfen gegen alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx)

Antrag P.05.: Einrichtung eines Sozialfonds „DIE LINKE hilft“ im Jahr 2024

Antragsteller*in:	Bettina-Helena Adler (Rheinland-Pfalz), Nils Böhlke (Nordrhein-Westfalen · Nr. 248), Katharina Dahme (Bewegungslinke · Nr. 250), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (1) DIE LINKE richtet einen Sozialfonds „DIE LINKE hilft“ ein, um die eigenen
- 2 Angebote der Sozialberatung zu stärken und um konkret Menschen in Notlagen zu
- 3 unterstützen.
- 4 (2) Das Vermögen speist sich erstens aus verbindlichen Abgaben von Abgeordneten
- 5 der LINKEN im Europäischen Parlament, des Deutschen Bundestags und – wo vertreten
- 6 – in Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhäusern, zweitens aus gespendeten
- 7 Nebeneinkünften von Mandatsträger:innen.
- 8 (3) Der Parteivorstand wird beauftragt, ein Konzept für die Funktionsweise des
- 9 Fonds zu erarbeiten. Dazu sollen Vertreter:innen der Antragsteller:innen ebenso
- 10 hinzugezogen werden, wie die Erfahrungen von anderen Parteien mit vergleichbaren
- 11 Fonds, siehe KPÖ oder die Solidarity4all-Strukturen in Griechenland, genutzt
- 12 werden.
- 13 Dieses Konzept klärt unter anderem:
- 14 - die Höhe der Abgaben und prüft Möglichkeiten und Voraussetzungen einer hohen
- 15 Verbindlichkeit,
- 16 - welche Personen und in welcher Form antragsberechtigt sind,
- 17 - wer über die Vergabe auf Grundlage welcher Kriterien entscheidet.
- 18 (4) Das Konzept wird dem kommenden Bundesparteitag zur Abstimmung vorgelegt.

Begründung

Viele Dinge, die eigentlich naheliegend wären, sind manchmal schwer vorstellbar, wenn es konkret wird. Dazu gehört auch, dass Abgeordnete, die dank der Partei das Privileg erhalten, hauptamtlich Politik zu machen und dafür ein anständiges Gehalt zu beziehen, einen größeren Anteil ihrer Diät für soziale Zwecke spenden. Umverteilen. Der Einwand liegt nahe: Viele Mandatsträger:innen spenden bereits hohe Summen für Vereine, Initiativen, nicht zu vergessen als Mandatsträgerabgaben an die Partei selbst. Nur darf dies keine individuelle Entscheidung sein, sondern muss für alle gleichermaßen geltende Regel sein (persönliche Besonderheiten berücksichtigend). Die bisher bestehenden Fraktionsvereine würden in einen solchen Fonds überführt.

Stellen wir uns also einmal vor, die 39 Mitglieder unserer Fraktion hätten nicht nur einen

sehr kleinen Betrag an den Fraktionsverein gezahlt und darüber hinaus manche mehr, manche weniger gespendet, sondern es wären bedeutendere Summen in einen Fonds gezahlt worden. Über die darin gesammelte Summe würde eine Gruppe von Parteimitgliedern und Nicht-Mitgliedern, nämlich Vertreter:innen von Sozialverbänden, Gewerkschaften, aus der Fluchthilfe oder Frauenhäusern, verfügen und entscheiden können – in Rücksprache mit Genoss:innen, die vor Ort in unseren Kreisverbänden und im Rahmen von „DIE LINKE hilft“-Beratungen auf soziale Notfälle stoßen, denen bei der Antragstellung von Hilfen oder mit direkter finanzieller Unterstützung geholfen werden muss. Weil die Nachzahlung der Nebenkosten nicht im Budget ist, die Schulsachen für das neue Lehrjahr zu teuer sind, oder weil die rechtliche Begleitung eines Falls nicht mehr ehrenamtlich zu stemmen ist. Stellen wir uns außerdem vor, über all das herrscht maximale Transparenz und auf einer Homepage kann nachverfolgt werden, wofür Gelder ausgegeben worden sind. Was könnte das zur Glaubwürdigkeit und den immer geforderten unmittelbaren Gebrauchswert der Partei beitragen?

Mit Sicherheit gibt es ganz viele Fallstricke bei einem solchen Fonds und vielleicht finden viele die Idee grundsätzlich gut, aber die angedeutete Umsetzung nicht. Deswegen geben wir uns Zeit bis zum nächsten Parteitag, um Einwände auszutauschen und gemeinsam ein Verfahren zu entwickeln, dass es uns wert ist, ausprobiert zu werden.

Antrag P.06.: Wir verteidigen die Demokratie und sind die Lobby für die Armen: DIE LINKE ist nicht käuflich!

Antragsteller*in:	Bettina-Helena Adler (Rheinland-Pfalz), Nils Böhlke (Nordrhein-Westfalen · Nr. 248), Katharina Dahme (Bewegungslinke · Nr. 250), weitere
--------------------------	--

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Ob der kürzlich aufgeflogene Korruptionsskandal im Europäischen Parlament,
- 2 Gesetzesvorlagen aus der Feder von Interessenvertretungen im Deutschen Bundestag
- 3 oder Spenden von Immobilienfirmen an Regierungsparteien, die dann
- 4 Volksentscheidergebnisse ignorieren wie in Berlin: Allerorten wächst der Einfluss
- 5 von Lobbyisten auf die Politik der herrschenden Parteien. Dies gefährdet die
- 6 Demokratie nicht nur, sie höhlt sie längst aus.
- 7 DIE LINKE unterstützt seit jeher die Forderungen von Initiativen wie etwa
- 8 LobbyControl, die den Einfluss von Lobbyisten beschränken sollen.
- 9 • Parteisponsoring und Parteispenden von Unternehmen wollen wir gänzlich
- 10 verbieten. Wir sind die einzige Partei im Deutschen Bundestag, die daher
- 11 auch keine Großspenden annimmt. Unsere Politik ist nicht käuflich!
- 12 • Auch Nebentätigkeiten sollten stärker eingeschränkt werden. Wer neben seinem
- 13 Vollzeitjob als Abgeordneter (MdEP, MdB, MdL, MdA) der LINKEN Zeit für eine
- 14 Nebentätigkeit findet oder im Rahmen seiner Tätigkeit Nebeneinkünfte
- 15 erwirbt, soll diese in ganzer Höhe und transparent für soziale Zwecke
- 16 spenden. Nicht nur die Partei, auch unsere Abgeordneten sind unbestechlich.
- 17 So machen wir deutlich: DIE LINKE ist keine Partei wie jede andere.

Begründung

Schätzungsweise 25.000 Lobbyisten mit einem Jahresbudget von 1,5 Milliarden Euro nehmen in Brüssel Einfluss auf die EU-Institutionen. Etwa 70 Prozent von ihnen arbeiten

für Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Erst im Dezember 2022 erschütterte der als Katargate in die Geschichte eingehende Korruptionsskandal das Europäische Parlament: Die Vizepräsidentin und weitere EU-Abgeordnete wurden unter anderem der Korruption und Geldwäsche überführt, nachdem sie gegen große Summen im Interesse der Regierungen von Katar und Marokko politischen Einfluss genommen haben sollen.

Im deutschen Bundestag finden sich aktuell 6250 Einträge von Interessenverbänden, juristischen und natürlichen Personen, die sich hauptsächlich aus Unternehmen und Wirtschaftsverbänden zusammensetzen. Sie alle genießen - mal mehr, mal weniger - privilegierte Zugänge und überhäufen Abgeordnete mit ihren Änderungsanträgen für Gesetzesvorlagen oder sind in Expertengruppen vertreten, die direkten Einfluss auf die Politik haben. Immer öfter formulieren sie den Ministerien ganze Gesetzesvorlagen. Diese Art von Einflussnahme gefährdet nicht nur die Demokratie, sie höhlt sie aus.

Eine besonders skandalöse, weil offensichtliche Einflussnahme auf die Politik der Herrschenden sind Großspenden an Parteien. Mit sechs- und siebenstelligen Großspenden (als Großspende gilt alles ab 50.000 Euro) verzerren Konzerne und reiche Einzelpersonen den politischen Wettbewerb, vor allem in Wahlkampfzeiten. Während 2022 insgesamt über 4 Millionen Euro an Großspenden an Parteien flossen, waren es im Jahr der Bundestagswahl 2021 über 13 Millionen Euro. Ein neuer Höchstwert, nachdem es im Wahlkampfjahr 2017 noch über 7 Millionen Euro waren. Die Summen wachsen nachweislich rasant. Mit den Spenden verbunden sind oft Erwartungen an die Parteien und ihre Politik. So überrascht nicht, wenn Pharmakonzerne, Versicherungen, Banken und – in Zeiten eines wahnwitzigen Klimawandels – auch Autokonzerne immer tiefer in die Tasche greifen, um Parteien freundschaftlich zu stimmen.

DIE LINKE ist deswegen seit jeher gegen Großspenden an Parteien und nimmt diese folgerichtig nicht an. Aber das reicht nicht. Auch die Nebeneinkünfte von Abgeordneten führen dazu, dass weniger Kraft und Energie in die politische Arbeit im Interesse der Partei fließt. Daher erscheint es uns wichtig, bei der Konzentration auf das Vollzeit-Mandat behilflich zu sein.

Zeit und Privilegien der Abgeordneten müssen stärker als kollektive Ressourcen der Partei verstanden und entsprechend eingesetzt werden. Wer im Rahmen seiner Abgeordnetentätigkeit Nebeneinkünfte erzielt, stellt diese für soziale Zwecke zur Verfügung und leistet so auch einen Beitrag für die Glaubwürdigkeit und den Gebrauchswert unserer Partei.

Antrag S.03.: Satzungsänderung zu § 2 "Erwerb der Mitgliedschaft"

Antragsteller*in: KV Rhein-Sieg

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 (1) Mitglied der Partei kann sein, wer das 14. Lebensjahr vollendet hat, sich zu
- 2 den programmatischen Grundsätzen bekennt, die Bundessatzung anerkennt und
- 3 keiner anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes angehört.
- 4 (2) Der Eintritt erfolgt durch einen **Aufnahmebeschluss des zuständigen**
- 5 **Kreisvorstandes** nach Eingang eines schriftlichen **Aufnahmeantrages** gegenüber dem
- 6 zuständigen Kreisvorstand oder dem Parteivorstand; die telekommunikative
- 7 Übermittlung des **Aufnahmeantrages** ist zulässig. Die Pflicht zur Beitragszahlung
- 8 beginnt mit Ablauf des Monats der Datierung des **Aufnahmebeschlusses**. Der
- 9 Kreisvorstand macht die Aufnahme mit Zustimmung des Mitgliedes unverzüglich in
- 10 geeigneter Weise im Kreisverband parteiöffentlich bekannt und informiert das neue

- 11 Mitglied über seine Mitwirkungsmöglichkeiten. **Sofern kein Kreisverband existiert,**
12 **fällt die Zuständigkeit in den Bereich des Landesvorstandes. Sofern kein**
13 **Landesverband existiert, in den Bereich des Bundesvorstandes.**
- 14 (3) Die Mitgliedschaft wird **sechs Wochen nach dem Aufnahmebeschluss** des
15 zuständigen Kreisvorstandes wirksam, sofern die satzungsgemäße Pflicht zur
16 Beitragszahlung erfüllt ist und kein Einspruch gegen den **Aufnahmebeschluss**
17 erhoben wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die*der Eintrittswillige die Rechte
18 eines Gastmitgliedes.
- 19 (4) Gegen die Ablehnung eines **Aufnahmeersuchens** durch den Kreisvorstand oder
20 eines übergeordneten Vorstandes kann die*der Eintrittswillige Widerspruch bei der
21 zuständigen Schiedskommission einlegen. **Dieser hat keine aufschiebende Wirkung.**
- 22 (5) Kommt eine Mitgliedschaft nicht zustande **und ist der Klageweg ausgeschöpft,**
23 **so kann die*der davon Betroffene frühestens nach Ablauf eines Jahres erneut einen**
24 **Aufnahmeantrag** abgeben.
- 25 (6) Jedes Mitglied der Partei gehört dem Kreisverband an, in dem es mit dem
26 ersten Wohnsitz gemeldet ist. Die Zugehörigkeit zu einem anderen Kreisverband als
27 den des ersten Wohnsitzes, wird sechs Wochen nach Anmeldung beim aufnehmenden
28 Kreisverband wirksam, sofern dieser nicht innerhalb dieser Frist widerspricht.
- 29 **Satz 2 gilt auch für bereits aufgenommene Mitglieder, die den Kreisverband**
30 **wechseln wollen.**
- 31 (7) Die Bundespartei führt eine zentrale Mitgliederdatei. Die organisatorische
32 Absicherung erfolgt über die Bundesgeschäftsstelle.

Begründung

Das Aufnahmeverfahren in unserer Partei ist auch mehr als 15 Jahre nach ihrer Gründung immer noch lückenhaft geregelt. Diese Lücken werden häufig durch Ad-hoc-Maßnahmen und (informelle) Nebenabsprachen geschlossen.

Insbesondere die Möglichkeit des Online-Beitrittes führt dazu, dass die Kreisvorstände die Eintrittswilligen gar nicht kennen und nicht politisch einschätzen können. Natürlich ist es eine Erleichterung in der (bürokratischen) Funktionär*innentätigkeit, wenn die Verwaltung und der Eintritt von Neumitgliedern durch die Bundesebene übernommen wird. Doch Bequemlichkeit kann und darf in einer Partei mit sozialistischem Selbstverständnis keine Kategorie der politischen Arbeit bilden.

Erschwerend kommt hinzu, dass der § 26 Abs. 2 S.2 des BGB folgenden Wortlaut enthält: Ist eine Willenserklärung gegenüber einem Verein abzugeben, so genügt die Abgabe gegenüber einem Mitglied des Vorstands.

Nach herrschender Auffassung in der Rechtsprechung und im Schrifttum gilt dies sogar, wenn ein Vorstandsmitglied eine Willenserklärung, die ihm gegenüber abgegeben wurde, dem Restvorstand verschweigt. Übertragen auf das Eintrittsersuchen von Mitgliedern ist damit dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Denn hierdurch können durch ein Vorstandsmitglied willkürlich Neumitglieder im Hinblick auf parteiinterne Wahlen akquiriert werden und die Eintrittserklärungen erst zu einem späteren Zeitpunkt an die Bundesgeschäftsstelle verschickt werden. Der Restvorstand hat dann keine Möglichkeit mehr, fristgerecht Widerspruch einzulegen.

Da der § 26 BGB nicht durch die Satzung selbst eingeschränkt werden kann, müssen wir unser Aufnahmeverfahren dahingehend abändern, dass dessen missbräuchliche Nutzung eingeschränkt wird. Dafür ist es formal notwendig, die zuständige Kreisvorstände über die Aufnahme von Eintrittswilligen entscheiden zu lassen. Eine solches Verfahren würde auch nicht die Bundesgeschäftsstelle von der Mitgliederverwaltung ausnehmen, da die bisherigen Eintrittserklärungen ohne großen Aufwand in Aufnahmeanträge umbenannt werden könnten und die ausgefüllten Anträge ebenfalls an die Bundesgeschäftsstelle

übermittelt werden müssten.

Doch auch politisch ergäbe es Sinn, die zuständigen Kreisvorstände über die Aufnahme von Eintrittswilligen abstimmen zu lassen. So sollten die Kreisvorstände zumindest "ihre Pappenheimer" kennen und auch vorher wissen, wer eintreten möchte. Meistens kennen auch die Genossis vor Ort die einzelnen Personen und können so Unterwanderungsversuche konsequenter abwenden, als dies die Bundesgeschäftsstelle im "fernen" Berlin könnte.

Schlussendlich zeigt auch die politische Praxis, dass eine Aufnahme durch die Kreisebene praktisch möglich ist. So werden bspw. durch die Partei Bündnis 90/Die Grünen die Mitglieder über die Kreisebene aufgenommen. Als Partei mit einem sozialistischen Selbstverständnis sollten wir nicht hinter linksbürgerliche Parteien zurückfallen.

